

# Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner



Anzeiger

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Bei Abholung 14 täglich 1.— RM., frei Haus 1.10 RM. einschl. 12 bez. 15 Pf. Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer

täglich 3—6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 6 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Geschäftsstelle: Nr. Adolf-Hitler-Strasse 2 — Fernruf nur 551.

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Kamenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz sowie des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 206

Mittwoch, den 3. September 1941

93. Jahrgang

## Japan steht am Scheideweg

„Der antijapanische Einkreisungsring — eine lebensgefährliche Bedrohung“

In einer über den ganzen japanischen Rundfunk verbreiteten Rede erklärte der Chef der Presseabteilung des Hauptquartiers des Tenno, M a b u c h i, Japan sei nunmehr gezwungen, den antijapanischen Einkreisungsring der sogenannten Hoch-Allianz (USA, Großbritannien, China und Niederländisch-Indien) zu zerbrechen. Diese antijapanische Einkreisungsfront bedeute nicht nur ein großes Hindernis für die Beendigung des Chinakonfliktes, sondern sei darüber hinaus eine lebensgefährliche Bedrohung des japanischen Empires und dessen Sicherheit. Es sei jedoch unsinnig, den Tod mit gefalteten Händen und untätig zu erwarten. Japan dürfe niemals diesen Weg wählen. Japan stehe heute am Scheideweg zwischen Leben und Tod. Je länger Japan passiv bleibe, desto gefährlicher werde die Lage für das Land. Durch Bluff und Schmeicheleien versuchten USA und England, Japan von der Durchführung seiner Südpolitik abzuhalten, indem sie gleichzeitig den Wirtschaftsdruck verstärkten und versuchten, den Ausbruch eines Krieges zwischen Japan einerseits und England und USA andererseits zu vermeiden.

„Krisenlage Japans verlangt äußerste Einheit des Volkes.“  
Kriegsminister General Tojo sprach anlässlich der Konferenz der Chefs der neuen Aushebungsklassen bei den Divisionen über die ernste Krisenlage Japans, die die äußerste Einheit des Volkes verlange. Hier und dort mühten sich ein Mann zusammenzusetzen, um die unerschütterlichen Ziele Japans in Fernost durchzuführen.

### „Leben oder sterben“

Japanische Presse im Zeichen der Mabuchi-Rede

DNB Tokio, 2. Sept. (Ostasiendienst des DNB). Die Rede Oberst Mabuchis, des Chefs der Presseabteilung des Hauptquartiers, wird von der gesamten japanischen Presse in größter Aufmerksamkeit gebracht, wobei die Überschriften einmütig betonen, daß Japan nicht zögern dürfe die Einkreisungsfront der feindlichen Mächte zu sprengen. Japan stehe vor der Frage, ob es leben oder sterben wolle.

Ferner weist die Presse auf die höchste Aktivität der „groß-japanischen Liga für die Entwicklung Ostasiens“ hin, deren Vorsitzender, der frühere Kriegs- und Premierminister General Hata, als Außenminister Tojo aushaupte, um die Haltung der Regierung zur Frage der USA-Transporte nach Wladiwostok zu erfragen.

Am Montag trat die Liga zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, an der 75 hervorragende Persönlichkeiten von Wehrmacht, Wirtschaft und Politik teilnahmen, u. a. die Generäle Hata und Abe, Sanjo und Matsui sowie Admiral Takahashi. Am Montag beschloß General Hata, Premierminister Tojo, um zum Ausdruck zu bringen, daß die ostasiatische Liga die feste Entschlossenheit des gesamten Japans fordere, um der gegenwärtigen gespannten Lage der Welt gegenüberzutreten.

Nach „Sotio Asahi Schimbun“ billigte Premierminister Tojo das Vorgehen der Liga, die demnächst eine Erklärung veröffentlichen wird.

### Haß, Verleumdung, Hebe

Roosevelt verhöhnt die Werktätigen

Franklin Roosevelt, der Präsident der Vereinigten Staaten, ließ sich wieder einmal im Rundfunk vernehmen, und zwar aus Anlaß des Tages der Arbeit. Das, was Roosevelt in dieser Rede vorbrachte, waren wüste Schimpfereien, wie sie uns von früheren Ansprachen her hinlänglich genug bekannt sind. In einer primitiven Zusammenfassung aller Verunglimpfungen, Verleumdungen und Drohungen rief Roosevelt zum Kampf gegen Deutschland auf, sprach er davon, daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie sich keineswegs mit Deutschland in Kriegszustand befinden, „alles, was in ihrer Macht steht“, tun werden, um „Hitler und seine Nazikräfte“ zu schlagen. Darüber jedoch, wie weit nun die Macht der Vereinigten Staaten reicht, ging Roosevelt bemerkenswerterweise nicht näher ein. Selbstverständlich nahm Roosevelt auch dieses Mal wieder für sich in Anspruch, daß er mit seiner Ansprache dem „Gewissen und der Entschlossenheit des nordamerikanischen Volkes“ Ausdruck gegeben habe. Das dem jedoch nicht so ist, bestätigte Roosevelt dann weiter dadurch, daß er sich dagegen verwahrte, „Brot von fleischigen Tisch Hitlers zu erbetteln“. Denn dieser Passus läßt eben die Vermutung zu, daß man auch jenseits des Ozeans sich sehr wohl über den Charakter und die Verderblichkeit der Politik Roosevelts im klaren ist. Da Roosevelt mit sachlichen Argumenten gegen seine Kritiker nicht antworten kann, behilft er sich auch hier wieder mit dummen Unterstellungen. Trotz aller schönen Phrasen weiß heute jedoch die ganze Welt, daß das Ziel des derzeitigen Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht die Befreiung der Völker ist, sondern ein Ueber-Verfall, ein Kontrakt, der Europa der nordamerikanischen Vormundschaft unterwirft.

Erbärmlich ist es weiterhin, wenn Roosevelt davon zu sprechen wagt, Adolf Hitler habe die „freien Rechte der Arbeiter unterdrückt“ und vor allem „das heilige Recht des Arbeiters verfehlt, nämlich das Recht der Arbeitsfreiheit“. Deutschland, dessen ganze Sorge dem schaffenden Menschen gilt, hat es nicht notwendig, sich solchen Anwürfen gegenüber zu verteidigen. Deutschland, in dem jeder Arbeiter in Lohn und Brot steht, und alle, die schaffen, auch Anteil haben an den kulturellen Errungenschaften unserer Zeit, hat seinen Werktätigen über die Arbeitsfreiheit hinaus noch etwas anderes zu bieten. Roosevelt dagegen hat in der ungewohnten Rolle eines Schutzherrn der Arbeit vor allem das wichtigste und vorrangigste Recht des Arbeiters vergessen, nämlich das Recht auf Arbeit! Welches sind denn die Rechte des „freien Arbeiters“ im Staate Roosevelts? Das Grundrecht des nordamerikanischen Arbeiters ist eigentlich doch nur das Recht auf — Arbeitslosigkeit. Selbst in glücklichen Zeiten sind die Arbeitslosenziffern in den Vereinigten Staaten niemals unter elf Millionen abgeunken. Und das, obwohl die Vereinigten Staaten ohne Zweifel über große Reichtümer und wertvolle Bodenschätze verfügen. Wenn es Roosevelt trotzdem nicht möglich war, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, dann offenbar hat sich darin ein Verfaulen, das Roosevelt ein für allemal das Recht nimmt, den Schutzherrn der freien Arbeit zu spielen.

### Kriegsheke am Branger

Die Hehrepresse der Vereinigten Staaten veröffentlicht zum zweiten Jahrestag des Kriegsausbruchs Betrachtungen, die wahre S a h a u s b r ü c k e enthalten. Ein Land nach dem anderen, so wehllagt „New York Herald Tribune“, sei gefallen, um sich sodann in wüsten Schimpfereien über die „macke Barbarei“, die angeblich die neue Ordnung, deren Herstellung der Führer in Angriff genommen hat, kennzeichnen soll. Die „New York Times“ wiederum meint, es könne heute keinen Zweifel mehr unterliegen, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei, „keine Konzession hätte Adolf Hitler abhalten können, die Welt mit Krieg zu überziehen“. Selbstverständlich fehlt es auch hier nicht an Drohungen. So erklärt dieses Blatt, formell lebten heute zwar die Vereinigten Staaten im Frieden, aber Nordamerika sei bereits zu weit gegangen, um sich auf einen echten und dauerhaften Frieden einzulassen, wenn Hitler siegreich wäre. In den nächsten zwölf Monaten müßten sich daher die Nordamerikaner entweder für einen Krieg gegen Hitler entscheiden, solange England, die Sowjetunion und China noch bestünden, oder aber, es würde später Krieg führen müssen, wenn es in einer verfluchten Welt allein stehe.

Auch wir sind der Meinung, daß der Krieg im Herbst 1939 unvermeidlich geworden war. Sicher aber nicht durch die Schuld Deutschlands! Während der Führer alles getan hat, um der Welt den Weg in den Frieden zu bahnen, haben die Versäuer Mächte jeden Ausgleich sabotiert und ihre ganze Politik darauf abgestellt, Deutschland einzulagern. Die neue Ordnung, die Europa dem Führer dankt, gibt allen Völkern Freiheit und

## „Sollen die USA-Arbeiter für ausländische Ausbeuter sterben?“

Scharfe Kritik an der neuen Hezrede Roosevelts — Enttäuschung selbst bei seinen Anhängern

DNB New York, 2. Sept. Aus den Kommentaren der New Yorker Presse läßt sich entnehmen, daß die Rooseveltsche Rede bei den Anhängern des kriegswütigen Präsidenten eine gewisse Enttäuschung ausgelöst hat. Man hatte an Stelle der üblichen abgedroschenen Phrasen und plumpen Schimpfereien doch wohl wenigstens irgendwas Positives erwartet. Es wird darauf hingewiesen, daß alle Worte, die Roosevelt gemacht habe, bedeutungslos gewesen seien, falls nicht ein verantwortlicher Produzent für die Rüstungsindustrie ernannt werde, der mit den bestehenden Schwierigkeiten aufräumen würde. In einem großen New Yorker Blatt wird hervorgehoben, daß gerade die Kreise, die der Außenpolitik des Präsidenten zustimmen, ihre Enttäuschung nicht verhehlen könnten. Dies sei wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß der Eindruck entstanden sei, es werde in der Rede etwas Neues und Konkretes angekündigt werden.

Der Präsident selbst sei durch seine Andeutung in der Pressekonferenz hieran nicht unschuldig. Die somit entstandene Spannung sei dafür verantwortlich, daß die Rede nicht voll zur Wirkung gekommen sei. Sie habe vielmehr nur dazu beigetragen den Eindruck zu erwecken, als herrsche in der USA-Politik Verwirrung und Schwäche.

Selbstverständlich haben auch die führenden Isolationisten in scharfer Form gegen die Rede Stellung genommen. In diesen Kreisen wird betont, daß die USA-Arbeiterschaft gerade, falls die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten sollten, ihre hart erworbenen Rechte würden verteidigen müssen. Gleichzeitig wird die Frage gestellt, ob die USA-Arbeiter etwa dafür sterben sollten, um die ausländische Ausbeutung von Millionen Arbeitern in Indien, den Malaienstaaten und Hongkong aufrecht zu erhalten. Bezugnehmend auf Roosevelts faßlose Bemerkung über die „Befrieder“ und die „mit den Nazis Sympathisierenden“ verlangt man in isolationistischen Kreisen energisch, daß endlich mit diesen vagen Verdächtigungen Schluss gemacht werde. Gleichzeitig wird erneut betont, daß die USA keine Invasion zu befürchten hätten. Vielmehr müsse das nordamerikanische Volk lediglich Furcht vor den Abenteuerern der eigenen führenden Männer auf dem Gebiete vor den der Machtpolitik in Europa und Asien haben. Das USA-Volk wisse genau, daß es Millionen Soldaten benötige, um in Europa Krieg zu führen. Das USA-Volk wolle aber diese Soldaten nicht stellen, und damit erwache die Frage, worauf Roosevelt hinaus wolle.

## Jungfernrede des neuen britischen Informationsministers in Matrofa

DNB Stockholm, 2. Sept. Der neue britische Informationsminister Brandon Braden, der als früherer Privatsekretär Churchill von dem Kriegsverbrecher Nr. 1 auf den Posten des abgehalteneren Duff Cooper gesetzt worden ist, hielt am Dienstag vor Pressevertretern — natürlich während eines Frühstücks — seine Jungfernrede. Wenn er auch in dieser Hinsicht die Tradition seines Amtsvorgängers hochhält, so unterschieden sich seine in Matrofa Tönen gehaltenen Ausführungen doch nicht unerheblich von den bombastischen „Siegeshymnen“ des dümmsten Ministers Europas.

Braden erinnerte seine Zuhörer daran, daß England am Mittwoch in das dritte Jahr des „brutalen Krieges“ eintreten werde und stellte dann die naheliegende Frage: „Wie stehen wir da?“ Seine Antwort fiel nicht allzu optimistisch aus. Die öffentlichen Feinde Englands, so erklärte er, seien erstens Hitler und zweitens die Selbstgefälligkeit, und so meinte er trauerlich: „Wir sind noch weit davon entfernt, einen von diesen Feinden zu vernichten.“ England habe zwar große Fortschritte gemacht, aber es bleibe noch viel zu tun. Diejenigen, die davon redeten, daß die Gefahr vorüber sei, könnten einige unangenehme Ueberraschungen erleben. Wörtlich erklärte Braden schließlich: „Wir befinden uns noch auf stillem Meer und der Hafen ist noch weit außer Sicht.“

Es bleibt abzuwarten, ob die neue gedämpfte Note des Propaganda-Ebenen Braden seinem Herrn und Meister Churchill auf die Dauer gefallen wird.

## Die deutsch-türkische Freundschaft

Ansprache des türkischen Votschafters in Leipzig

Bei einem Empfang der ausländischen Gäste auf der Reichsmesse Leipzig, an dem u. a. der italienische Votschafter Alfieri, der türkische Votschafter Gerebe, der spanische Wirtschaftsminister Segura sowie die Gesandten von Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Slowakei und Kroatten teilnahmen, nahm der türkische Votschafter Gerebe die Gelegenheit wahr, auch an dieser Stelle nochmals seiner Befriedigung über den deutsch-türkischen Freundschaftsvertrag Ausdruck zu geben. Dieser Vertrag sei eine neue Bestätigung der seit Jahrhunderten zwischen den beiden Nationen bestehenden aufrichtigen Freundschaft. Drei fundamentale Ursachen lägen den deutsch-türkischen Beziehungen zugrunde: die traditionelle Freundschaft, die alte Waffenbrüderschaft und die wirtschaftliche Interessengemeinschaft. Deutschland und die Türkei seien zwei Länder, die einander in ökonomisch-struktureller Beziehung hervorragend ergänzen. In der Erkenntnis dieser Tatsache hätten die femalischen führenden Staatsmänner stets besonderen Wert darauf gelegt, die Vertiefung dieser traditionellen Freundschaft und die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen in jeder Weise zu fördern. Es sei daher, so erklärte der türkische Votschafter, auch sein Wunsch, daß den Delegierten der beiden Länder die mit der Führung von Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines deutsch-türkischen Handelsvertrages beauftragt seien, ein voller Erfolg beschieden sein möge.

